Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 86 (1989)

Heft: 7

Rubrik: Aus Kantonen und Gemeinden

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jahrestagung der SKöF St. Gallen

Präsident Emil Künzler begrüsste zur Jahrestagung in St. Gallen 75 Teilnehmer, unter ihnen Regierungsrat Alex Oberholzer, zum ersten Mal als Departementsvorsteher. Gern gesehene Gäste waren die Vertreter der benachbarten Fürsorgekonferenzen der Kantone AR und TG sowie die Fürsorgedirektion des Kantons Glarus.

Die geschäftlichen Traktanden standen im Zeichen der Erneuerungs- und Ersatzwahlen für die Amtsdauer 1989 bis 1992. Aus dem Vorstand traten zurück: Emil Künzler, zugleich als Präsident nach 20 Jahren, Edwin Bigger, Gossau, und Hans Sulser, Rheineck, nach je acht Jahren. Die Zurücktretenden durften den verdienten Dank entgegennehmen. Eine besondere Ehrung erfuhr der Präsident für sein soziales Engagement während der langen Zeit auf kantonaler und schweizerischer Ebene. Neu in den Vorstand nahmen Einsitz: Roswitha Cavigelli, St. Margrethen, und Fredi Morgenthaler, Buchs, welche beide in der Fürsorge tätig sind. Als neuen Präsidenten wählte die Versammlung: Norbert Raschle, Chef des Fürsorgeamtes der Stadt St. Gallen. Die bisherigen zwei Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission erfuhren Wiederwahl. Daneben wurden Protokoll, Jahresbericht und Jahresrechnung genehmigt sowie der seit 20 Jahren unveränderte Jahresbeitrag auf einheitlich Fr. 60.– festgelegt.

Im Anschluss an den geschäftlichen Teil folgte die Versammlung aufmerksam dem Referat von Stadtrat Dr. Peter Schorer, Abteilungsvorstand der Sozialen Dienste der Stadt St. Gallen, über: «Strategien der Armutsbekämpfung auf städtischer Ebene».

In der zweiten Hälfte September 1989 ist die Durchführung eines Weiterbildungskurses vorgesehen.

so.

Asylantenfrage: Neue Situation für viele Gemeinden im Kanton Zürich

Es handelt sich um die Lage, die sich nach dem jetzigen Verteilermodus in bezug auf die Asylbewerber im Kanton Zürich ergibt: Neu erhalten bereits Gemeinden mit 2000–5000 Einwohnern eine entsprechende Zahl von Asylsuchenden.

Wie der Chef des Fürsorgeamtes der Stadt Zürich, Dr. Paul Urner, an der Tagung der Fürsorgekonferenz des Kantons Zürich am 27. April in Winterthur ausführt, besteht ein Informationsmangel, was die alltägliche Betreuungspraxis angeht. Dem soll der neu entwickelte «Leitfaden» für die in Asy-

lantenbetreuung noch unerfahrenen Gemeindebehörden abhelfen. Fachleute haben in grossen Zügen dargestellt, welche Punkte zu beachten sind. Da sich eine Gemeinde auf eine längerfristige Aufgabe vorbereiten muss, erweisen sich auch die finanziellen und versicherungstechnischen Fragen von Bedeutung.

Langzeitstrategien haben ihren Wert, aber ebenso das Heute-und-hier-Know-how, das Cornelia Benz, stellvertretende Leiterin des Durchgangszentrums Bülach, in ihrem Referat klarstellt. Sie entwarf drei Zielvorstellungen für die Aufnahme des Asylsuchenden in den Gemeinden: die Art und Weise soll in allen Gemeinden identisch sein – weder Überbetreuung noch Gleichgültigkeit. Die vorhandene Selbständigkeit soll genutzt und gefördert werden. Die Gemeindebehörden akzeptieren die Zuteilung und übernehmen damit die Aufgabe, die Bevölkerung entsprechend zu motivieren.

Welche Probleme sich bereits im Vorfeld einer Aufnahme manifestieren, illustrierte ein Tätigkeitsbereich des Leiters des Sozialdienstes für Erwachsene im Bezirk Affoltern am Albis. Für Rudolf Hofstetter «liefen» alle Vorbereitungen neben den üblichen Pflichten einher, doch waren die zahlreichen Besprechungen nicht umsonst. Sie brachten die wichtige Entscheidung: statt dass kleine Gemeinden 3–9 Asylbewerber aufnehmen, übernimmt der Bezirk Affoltern gesamthaft rund deren 30, für welche Unterkünfte bereitstehen. 3,7 Stellenwerte sind eingesetzt, um im Namen von 7 Gemeinden die Betreuungsaufgaben, die Koordination, die Kontakte aufrechtzuerhalten. Hofstetter bedauerte das bescheidene Engagement des Kantons, der wenig Notiz vom Einsatz der einzelnen Gemeinden nimmt und die Kostenfrage noch nicht geklärt hat.

Dr. Walter Schmid von der Zentralstelle für Flüchtlingshilfe nahm kurz Stellung zum sog. Strategiebericht für die 90er Jahre, der mit einigen Illusionen aufräumt. Jedenfalls muss damit gerechnet werden, dass relativ viele Personen für längere Zeit in unserm Land verbleiben werden, was zugleich heisst, dass die Kapazitäten auf allen Gebieten des Flüchtlingswesens erhöht werden müssen.

Der Direktionssekretär der Fürsorgedirektion des Kantons Zürich, Dr. Peter Holenstein, gab unumwunden zu, dass er auf viele Fragen keine Antwort habe. Die Asylsituation ändere sich laufend, wie auch die Zahl und Zusammensetzung der Gruppen. Das bringe grosse Schwierigkeiten bei der Unterbringung. Ab August 1989 wird im Kanton Zürich eine Stabsstelle für die Asylfürsorge eingerichtet, die den Gemeinden mit Beratung zur Seite stehen wird.

Die Fragen beziehen sich auf das Alltägliche in der Gemeinde

Die Praktiker aus den Gemeindeverwaltungen wollen wissen, warum z.B. die Liste des Kantonalen Industrie- und Gewerbeamtes den Asylanten solche Beschäftigungen vorschreibt, die in kleinen Gemeinden nie realisiert werden können. Warum kann eine Gemeinde das Beschäftigungsprogramm nicht fle-

xibler handhaben, den Bedürfnissen anpassen? Wer zahlt z.B. den Sprachunterricht nach den ersten drei Monaten?

Dr. Michael Hohn, Vorsteher des Fürsorgeamtes der Stadt Bern, nahm als Vertreter der SKöF Stellung zu den Verfahren und den Verfahrensänderungen des Bundes. Das umstrittene V 88 sei in der Zielsetzung gut, aber erweise sich in der Praxis als recht ungünstig. Ganz allgemein wird zuwenig auf den Vollzug Rücksicht genommen. Die eigentliche Fürsorge, so Hohn, darf immer nur Auffang-Charakter haben. Deshalb sind vermehrt Anstrengungen im Hinblick auf Daueraufgaben einzuleiten. Die Zahl der Asylsuchenden geht nicht zurück. Er schloss mit dem Hinweis auf die gutgemeinte, jedoch eher kurzfristige Patenhilfe, die bei den Asylsuchenden oft irreführende Hoffnungen erwecke.

Solidarität unter den Gemeinden und der Wille, die Aufgaben wahrzunehmen, sprachen aus vielen Voten der rund 250 Anwesenden. Nicht zu überhören war jedoch die Besorgnis, welche Belastungen in nächster Zeit den Gemeinden übertragen würden. Alle hoffen, dass die kontinuierlichen Erfahrungen die Betreuung und die Problembewältigung erleichtern werden.

Hedy Püschel